Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 12

Rubrik: Tatsachen + Dokumente

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Außenpolitik der British Labour Party

Beschluß des Parteitages der British Labour Party in Scarborough, 1958

Die jüngsten Ereignisse im Fernen Osten haben gezeigt, wie schnell die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht werden kann. Sie haben aber auch klar gemacht, daß es für Großbritannien, wenn es seine Außenpolitik mit Kühnheit und Initiative verfolgt, eine unbedingte Notwendigkeit ist, die Welt so zu führen, daß eine friedliche Beilegung dieser Streitfragen und auch anderer Konflikte zwischen den Hauptmächtegruppen, sogar aller Streitigkeiten zwischen den Völkern, möglich gemacht wird.

Die Auffassung, Gewalt an die Stelle von vernünftigen diplomatischen Verhandlungen zu setzen, wie im Falle von Quemoy zur Schau gestellt wurde, ist sehr gefährlich, weil sie historisch überlebt ist. Die Welt verlangt von ihren Staatsmännern eine neue Konzeption der alles überragenden Aufgabe, die internationale Spannung zu mindern, und außerdem die ununterbrochene Bemühung, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Herrschaft des Gesetzes über die Zuflucht zum Kriege siegen wird.

Zu diesem Zwecke dringen wir erneut darauf, die Bemühungen fortzusetzen, eine Gipfelkonferenz so schnell wie möglich zustande zu bringen.

Die Regierung der Konservativen Partei hat kein Verständnis für die Wirklichkeiten unseres Zeitalters. Sie hat nicht nur durch den Gebrauch von Gewalt gegen die Satzung der Vereinten Nationen verstoßen, sondern verfolgt auch eine Politik, die internationale Streitfragen noch verschärft und den Einfluß Großbritanniens in der Weltpolitik stark verringert haben.

Man hat die Verschlechterung der internationalen Beziehungen so weit treiben lassen, daß der Weg zum Frieden jetzt nicht mehr leicht ist. Wir verpflichten uns, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um eine Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West herbeizuführen, das Wettrüsten durch ein Abkommen zu beenden und zu einer Versöhnung der Völker und Staaten zu kommen, die sich feindselig zueinander verhalten. Wir wollen einen energischen Feldzug gegen die Armut führen helfen, in dem die reicheren Länder, einschließlich unseres eigenen, dazu beitragen werden, die Lebenshaltung der Völker, die jetzt so weit zurückgeblieben sind, zu heben.

Die Vereinten Nationen und die kollektive Sicherheit

Für die Außenpolitik der Arbeiterpartei bleiben die Vereinten Nationen nach wie vor das Hauptinstrument, denn die Grundsätze ihrer Satzung müssen zur Anerkennung gebracht werden, wenn der Frieden bewahrt bleiben soll. Die Arbeiterpartei ist entschlossen, die Autorität der Vereinten Nationen als der führenden Weltorganisation für die Erhaltung des Friedens zu stärken, und sie ist sich bewußt, daß dazu die Bereitschaft und der Mut notwendig sind, deren Einrichtungen für die Beilegung von Streitigkeiten anzuwenden. Wenn die Vereinten Nationen nicht die allergrößte Unterstützung erhalten, werden sie das Schicksal des Völkerbundes erleiden, und damit könnte in der Tat die Hoffnung für ein Überleben der Menschheit zunichte gemacht werden.

Wir unterstützen auch weiterhin die NATO als ein regionales Verteidigungssystem, sind aber der Überzeugung, daß die Vereinten Nationen eine größere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens übernehmen müssen. Die Notstandsstreitkräfte der Ver-

einten Nationen und die Stationierung von UNO-Beobachtern im Nahen Osten haben ihre Bedeutung im Interesse des Friedens bewiesen und gezeigt, daß die physische Gegenwart der UNO in strittigen Gebieten in großem Umfange dazu beitragen kann, die Spannung zu verringern. Die Labour Party wird praktische Vorschläge für den Aufbau von permanenten Streitkräften der Vereinten Nationen machen.

Weil wir der Überzeugung sind, daß Frieden und Gerechtigkeit gesetzmäßig verankert sein sollen, müssen wir den denkbar größten Gebrauch vom Internationalen Gerichtshof machen und seine Entscheidungen uneingeschränkt anerkennen.

Selbst wenn man die moralischen Verpflichtungen der reicheren Länder der Welt außer acht läßt, kann man mit größter Gewißheit sagen, daß die Bedingungen eines dauerhaften Friedens nicht geschaffen werden können, solange so viele Völker der Welt unter der größten Armut leiden. Die Labour Party bekräftigt aufs neue ihren Plan der gegenseitigen Hilfe im Weltmaßstabe. Sie wird den Ausbau des Programms der technischen Hilfeleistung der UNO und anderer internationaler Aktionen für die Bereitstellung von größeren Kapitalinvestitionen für die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder unterstützen und dafür sorgen, daß Großbritannien seine Rolle in der Arbeit der Sonderorganisation der UNO in vollem Umfange spielt.

Abrüstung

Drei Großmächte sind nun im Besitz von Atomwaffen. Wenn das Wettrüsten fortgesetzt wird, müssen wir unvermeidlich mit der furchterregenden Tatsache rechnen, daß andere Länder sie ebenfalls besitzen werden. Die Labour Party ruft daher dazu auf, das Abrüstungsproblem aufs neue und mit Dringlichkeit zu behandeln. Unser Ziel sollte nicht nur darin bestehen, die Welt von Atomwaffen und anderen Mitteln der Massenvernichtung zu befreien, sondern auch alle bestehenden Streitkräfte und Rüstungen auf einen Stand zu beschränken, der Angriffskriege unmöglich macht.

Immer wieder hat die Arbeiterpartei die britische Regierung dazu angehalten, der Welt ein führendes Beispiel zu geben durch das Beenden weiterer Versuchsabschüsse von Atomwaffen. Unsere Vorstellungen sind jedoch nicht beachtet worden, und die Initiative ist der Sowjetunion überlassen worden. Die laufende Serie von britischen Versuchsabschüssen kann sogar den Erfolg der Konferenz gefährden, die eigens zur Ausarbeitung eines Überwachungssystems der Versuchsabschüsse einberufen wurde. Im Namen der Menschlichkeit appelliert die Labour Party dafür, alle Versuche mit diesen Waffen der Massenzerstörung jetzt aufzugeben.

Einem Abkommen zur Beendigung der Versuche müssen bald darauf Verhandlungen über einen Abrüstungsvertrag folgen, der Maßnahmen enthalten muß für die Verringerung der Streitkräfte, der Bewaffnung und der Wehrausgaben; für die Vernichtung der gesamten Vorräte von Atomwaffen und für die Umformung aller Vorräte von spaltbarem Material, um es für friedliche Zwecke verwendbar zu machen; die Abschaffung der Abschußeinrichtungen für Atomwaffen; die Abschaffung von allen chemischen und biologischen Waffen für Massenvernichtung; und den Aufbau von Sicherungseinrichtungen für die Abwehr von Überraschungsangriffen. Solch ein Abkommen muß durch eine umfassende und wirkungsvolle Überwachung zur Durchführung gebracht werden. Eine autoritative Sonderorganisation der UNO, die der Generalversammlung verantwortlich sein muß, wird das beste Instrument dafür sein.

Wir sind davon überzeugt, daß Großbritannien eine günstige Atmosphäre für Verhandlungen schaffen kann. Dazu würde nicht nur das Einstellen weiterer britischer Versuchsabschüsse beitragen, sondern auch die Entziehung der Erlaubnis für weitere Streifenflüge mit solchen Waffen in und über Großbritannien und der Beschluß, keine

weiteren praktischen Schritte im Aufbau von Abschußrampen für Raketen zu unternehmen, solange nicht ein neuer Versuch zu Verhandlungen mit Rußland gemacht worden ist. Abschußrampen in Großbritannien müssen in allen Fällen unter britischer Überwachung stehen. Vor dem Zustandekommen einer Gipfelkonferenz sollten keine Schritte für die Ausrüsung der Streitkräfte Westdeutschlands mit Atomwaffen unternommen werden.

Die Arbeiterpartei ist davon überzeugt, daß ein einzelner Schritt in der Richtung auf Abrüstung auch den Fortschritt in der Lösung anderer Probleme erleichtern würde. Die Hindernisse zu einem Abrüstungsabkommen auf höherer Stufe dürfen begrenzte Vereinbarungen, die jetzt erreicht werden können, nicht unterbinden. Auch darf ein solches Abkommen mit begrenztem Umfang nicht von der Regelung politischer Probleme abhängig gemacht werden.

In Europa liegen die größten Gefahrenpunkte entlang der Demarkationslinie zwischen den Streitkräften von NATO und der bewaffneten Macht der Länder des Warschauer Vertrages. In diesem Gebiet von Mittel- und Osteuropa muß die Möglichkeit eines Konfliktes verringert werden, ohne daß das Gleichgewicht der militärischen Sicherheit zum Nachteil der einen oder der anderen Seite verändert wird.

Die Labour Party empfiehlt, daß Großbritannien sich die Unterstützung von andern Regierungen in Westeuropa sichern sollte, um den Versuch zu machen, mit den Russen eine Vereinbarung auf der Grundlage der folgenden Punkte zu erreichen:

1. International überwachte, etappenweise Räumung Ost- und Westdeutschlands, Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei von ausländischen Streitkräften aller Art.

2. Aufbau einer wirkungsvollen internationalen Überwachung des Standes und der Art der Bewaffnung und der Streitkräfte, die für diese Länder vereinbart werden.

3. Deutschlands Wiedervereinigung innerhalb eines Rahmens, der von den vier Mächten (Großbritannien, Frankreich, USA und der Sowjetunion) zu vereinbaren und zu garantieren ist, einschließlich freier Wahlen. Es soll den Deutschen selbst überlassen bleiben, die Mittel und Wege dazu zu finden.

4. Verhandlungen für einen europäischen, durch die vier Mächte gestützten Sicherheitsvertrag, der die Unantastbarkeit der Gebiete dieser Länder garantieren soll.

5. Austritt der Länder in diesem Raume aus der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation.

Zypern

Die Labour Party bezeugt ihre tiefe Besorgnis über die tragische Situation in Zypern. Sie beklagt die neuen Ausbrüche von Gewalttätigkeit und die wachsende Feindseligkeit zwischen den griechischen und türkischen Gemeinden auf Zypern. Sie erneuert mit großer Dringlichkeit ihren Aufruf an alle Beteiligten, sich von weiteren Gewaltakten zu enthalten, die doch nur die gegenseitigen Beziehungen noch mehr verbittern, aber niemals die Probleme der Insel lösen können.

Die Labour Party vertritt die Meinung, daß eine dauerhafte Lösung ohne die Zustimmung der Bevölkerung Zyperns nicht möglich ist. Der Plan der Regierung, den sie selbst als «Abenteuer in Partnerschaft» beschrieben hat, ist von der übergroßen Mehrheit der Inselbevölkerung zurückgewiesen worden. Der Versuch, ihn der Bevölkerung aufzuzwingen, ist deshalb unklug und auch gefährlich; er würde die britischen Streitkräfte in eine untragbare Situation bringen.

Erklärungen, die in der letzten Zeit vom Erzbischof Makarios und anderen Vertretern der griechischen Zyprioten abgegeben worden sind, erwecken von neuem die Hoff-

nung, daß eine Regelung durch Vereinbarung doch möglich ist. Nach der Auffassung der Labour Party sollten diese Möglichkeiten sofort erforscht werden. Wir fordern deshalb die britische Regierung dazu auf, die Ausführung ihres Planes vorläufig einzustellen, indem sie die Abreise des Vertreters der türkischen Regierung nach Zypern aufschiebt. Wir drängen darauf, daß Verhandlungen mit den Vertretern der Bevölkerung Zyperns wieder eröffnet werden. Wenn solche Verhandlungen Erfolg haben sollen, müssen die Befürchtungen der Griechen über eine Teilung und die Furcht der Türkei, daß die türkische Minderheit in Zypern von Athen aus regiert werden könnte, zerstreut werden. Dadurch würde man den Fortschritt in Richtung auf Selbstverwaltung mit vollem Schutz der Minderheitenrechte möglich machen.

Der Nahe Osten

Der Nahe Osten ist ein Raum großer Spannungen und Gefahren. Die Politik der Konservativen hat verheerende Folgen gehabt. Die Aktionen der Regierung in Suez und Jordanien zeigen einen deprimierenden Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse und Ansprüche der arabischen Völker. Freunde sind in Feinde verwandelt und unsere wirtschaftlichen Interessen sind gefährdet worden.

Der Nahe Osten darf nicht von den Großmächten beherrscht werden. Die Unabhängigkeit der Staaten muß erhalten bleiben, aber die freiwillig beschlossene Vereinigung von arabischen Staaten, die den Wunsch haben, für ihr Gemeinwohl zusammenzuarbeiten, sollte nicht behindert werden. Unser Einfluß sollte dazu benutzt werden, die gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Mittel und das Wachstum demokratischer Einrichtungen in den arabischen Ländern zu fördern.

Die Politik der Labour Party beruht auf den folgenden sechs Grundsätzen:

1. Bei dem Versuch, den Raum von der Politik des Kalten Krieges zu isolieren, sollten wir die Mitarbeit der Staaten im Nahen Osten und anderer beteiligter Mächte suchen und uns bemühen, ein Abrüstungsprogramm für den Raum zustande zu bringen, das überwacht und ausgeglichen werden muß.
2. Die Großmächte sollten mit den Mitteln der Vereinten Nationen die bestehenden Staatsgrenzen, einschließlich der Grenzen von Israel, garantieren, vorbehalten von Berichtigungen, die gegenseitige Zustimmung finden.
3. Großbritannien sollte Beziehungen mit der Vereinigten Arabischen Republik aufnehmen und über eine baldige Regelung der anstehenden Streitigkeiten verhandeln.
4. Unter der Führung der Vereinten Nationen sollte ein Wirtschaftsrat für den Nahen Osten gebildet werden, der den Zweck hat, für diesen Raum der Armut Entwicklungsprogramme zu fördern, eine gerechtere Verteilung der Einkünfte aus der Erdölwirtschaft sicherzustellen und als Verteiler für die ausländische wirtschaftliche Hilfe zu dienen.
5. Unsere Erdölversorgung sollte durch wirtschaftliche Vereinbarungen und nicht durch den Gebrauch von Gewalt oder durch Drohungen gesichert werden.
6. Wir sollten alle neuen Versuche für die friedliche Regelung der Beziehungen auf dem Verhandlungswege zwischen Israel und den arabischen Staaten unterstützen. Diese Regelung sollte die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten, die Beendigung der wirtschaftlichen Blockade, die Umsiedlung der arabischen Flüchtlinge mit ausländischer Hilfe und die Entschädigung für verlorenen Landbesitz umfassen.

Der Ferne Osten

Wir sind sehr besorgt über die gefährliche Lage, die sich auf Quemoy und anderen Inseln im Küstenvorland entwickelt hat. Wir betrachten diese Inseln als Teil des Fest-

landes von China. Sie sollten deshalb der Verwaltung der Volksrepublik China unterstellt werden. Das britische Volk würde einen Krieg, der den Zweck hat, diese Inseln für Chiang Kai-Shek zu erhalten, nicht unterstützen. Die Regierung Großbritanniens sollte alles tun, was in ihrer Macht steht, um die USA davon abzuhalten, irgendwelchen Anteil an der Verteidigung der Inseln im Küstenvorland zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die nationalchinesischen Streitkräfte diese Inseln räumen.

Wir bestätigen aufs neue den Gesichtspunkt der Labour Party, daß Chinas Platz in der UNO von der Volksrepublik China eingenommen werden sollte. Dies ist eine wesentliche Vorbedingung für eine Regelung der Verhältnisse im Fernen Osten. Das Verhalten der konservativen Regierung, die die Volksrepublik China anerkennt, aber weiterhin stillschweigend zustimmt, daß einem Lande mit einer Bevölkerung von fast 600 Millionen die Vertretung in der UNO verweigert wird, ist unvernünftig und unlogisch.

Es sollten Verhandlungen mit dem Ziel der Neutralisierung von Formosa und den Fischer-Inseln aufgenommen werden, die dann der Verwaltung und dem Schutze der Vereinten Nationen unterstellt werden sollten. Im Verlaufe der Entwicklung sollte der Bevölkerung von Formosa die Freiheit gelassen werden, ihre eigene Wahl zu treffen, ohne von irgendeiner Seite eingeschüchtert zu werden.

Die neuen Demokratien

Innerhalb des britischen Commonwealth haben sich große Ereignisse abgespielt. Ganze Völker sind aus dem Kolonialzustand in freie und unabhängige Nationen übergeführt worden. In Asien haben Indien, Pakistan, Ceylon, Burma und Malakka ihre Unabhängigkeit gewonnen. In Afrika sind Ghana und der Sudan Nationalstaaten geworden, und Nigerien wird ihnen bald folgen. Jenseits des Atlantiks ist die neue Karibische Föderation gebildet worden.

Außerdem sollten wir die Entwicklung in Lateinamerika nicht vergessen. In einigen Ländern sind militärische Diktaturen gestürzt, die politische Freiheit wieder hergestellt und der Weg zu sozialem Fortschritt eröffnet worden. Diese Ereignisse erfüllen uns mit Freude.

Weil wir von der demokratischen Lebensweise überzeugt sind, werden wir alles daran setzen, um mit den Völkern dieser Länder, deren Bestimmung es ist, eine immer wichtiger werdende Rolle in der Weltpolitik zu spielen, Verbindung herzustellen und freundliche Beziehungen zu unterhalten.

Unsere Außenpolitik ist auf den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus aufgebaut, auf unserem Glauben an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wir erklären, daß in den internationalen Beziehungen friedliche Regelungen und gerechte Lösungen an die Stelle von Drohungen und Gewalt treten müssen. Wir erklären, daß keine Regierung das Recht hat, andere Völker auf die Dauer einer Fremdherrschaft zu unterwerfen. Wir weisen mit äußerster Schärfe jedwede Auffassung einer Rassenvorherrschaft zurück. Wir glauben, daß reichere Nationen den ärmeren Völkern in dem Kampf gegen Armut, Krankheiten und Verkommenheit helfen sollten. Wir sind der Meinung, daß nur eine freie und gleiche Partnerschaft aller Völker einen dauerhaften Frieden sichern wird.